

Niederschrift (Öffentlicher Teil)

Sitzung des Ausschusses für Schule und Weiterbildung

Sitzungstermin: Donnerstag, 06.02.2025
Sitzungsbeginn: 17:15 Uhr
Sitzungsende: 18:23 Uhr
Raum, Ort: Verw.Geb. Mozartstraße Raum 207, Mozartstraße 2-10, Aachen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Name

Ulla Griepentrog

Bemerkung

anwesend

Gremienmitglieder

Name

Daniel Hecker

Monika Annette Wenzel

Sebastian Becker

Noah Wagner

Franca Braun

Klaus-Dieter Jacoby

Nathalie Koentges

Doris Kurschilgen

Stefan Auler

Johannes Rohé

Matthias Fischer

Gisa Haring

Pola Heider

Lorenz Hellmann

David Küppers

Marlies Breuer

Jil Kelm

Axel Schneider

Nina Muckel

Bemerkung

anwesend

anwesend

anwesend

Vertretung für: Jörg Bogoczek

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

Vertretung für: Inge Fischer

anwesend

anwesend

anwesend

anwesend

Vertretung für: Stefan Menzel

Vertretung für: Beate Jonas-Frank

Vertretung für: Polly Zoworka

anwesend

Vertretung für: Christina Nositschka

Mitarbeiter der Verwaltung

Name

Heinrich Brötz

Tobias Grundmann

Bemerkung

Name

Andre Kaldenbach
Stefan Fagot
Melanie Olbertz

BemerkungSchriftführung**Name**

Sarah Kuchenbecker

Bemerkung**Abwesend**Gremienmitglieder**Name**

Jörg Bogoczek
Inge Fischer
Stefan Menzel
Beate Jonas-Frank
Sabine Mensger-Jacobs
Amina Smajic
Polly Zoworka
Christina Nositschka

Bemerkung

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Ständige Gäste:

Helga Rohs (AG Behindertenhilfe)
Ralf Sistermann (Schulaufsicht der StädteRegion Aachen)

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Vorlage
1	Eröffnung der Sitzung	
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2024	
3	Bericht des Kommunalen Integrationszentrums zur schulischen Situation der Seiteneinsteiger*innen in der Stadt Aachen Die Unterlagen werden nachgereicht	FB 56/0579/WP18
4	Ratsantrag der Fraktion „Die Zukunft“ (RA 038/18): Modellprojekt Kostenfreie Menstruationsprodukte - Ergebnisse	FB 56/0566/WP18
5	Sachstand Schulstraßen und Rückschau, hier: Veranstaltung „Schulstraße erleben“	FB 68/0140/WP18
6	Verbesserung der energetischen Bilanz der Grundschule Horbach – Ratsantrag der Grüne-Fraktion vom 15.03.2022	FB 45/0645/WP18
7	Haushaltsplanentwurf 2025 einschließlich Finanzplan bis 2028, hier: Ausschuss für Schule und Weiterbildung Die Unterlagen werden nachgereicht	FB 45/0653/WP18
8	Mitteilungen der Verwaltung	

Protokoll Öffentlicher Teil

Zu 1 Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Sie verpflichtet drei neue Mitglieder im Ausschuss für Schule und Weiterbildung:

Nina Muckel (Stadtschulpflegschaft)

Jil Kelm (Bezirksschüler*innenvertretung)

David Küppers (CDU)

Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.11.2024

Es gibt keine Wortmeldung

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig, 4 Enthaltungen

Zu 3 Bericht des Kommunalen Integrationszentrums zur schulischen Situation der Seiteneinsteiger*innen in der Stadt Aachen

FB 56/0579/WP18

Herr Rohé empfindet die aktuelle Debatte zur Migration in Deutschland als sehr emotional und daher sei er für den Bericht des Kommunalen Integrationszentrums sehr dankbar, denn er zeige, dass in Aachen die Integration von neuzugewanderten Kindern sehr positiv verlaufe. Die Kinder würden vor Ort stets eine große Unterstützung erfahren. Er bedauere, dass bei den weiterführenden Schulen die Hauptschulen immer noch überrepräsentiert bei der Aufnahme von Seiteneinsteigenden seien und wünsche sich, dass die übrigen Schulformen hier nachbessern würden. Zudem erkundigt er sich, wie die schulische Laufbahn nach der Verteilung durch das KI weitergehe.

Frau Dogan erklärt, dass die Bildungsbiographien der Neuzugewanderten sehr unterschiedlich seien. Das individuelle Lerntempo und der Bildungshintergrund seien ausschlaggebend für den weiteren schulischen Werdegang eines Kindes. Positiv hervorzuheben sei jedoch, dass jedes neuzugewanderte Kind in Aachen einen Schulplatz zugewiesen bekomme und es so für jedes Kind die Möglichkeit eines Schulabschlusses gebe.

Herr Sistermann ergänzt, dass die meisten Kinder für die Erstförderung zunächst einer Hauptschule zugewiesen würden, da dort die Klassen kleiner seien als an den übrigen weiterführenden Schulen und so eine individuellere Förderung möglich sei. Nach dem Zeitraum der Erstförderung erfolge eine Zuordnung des Kindes über die sogenannte Regionalkonferenz zu einem individuellen Bildungsgang. Er könne diesbezüglich Zahlen vorlegen, falls dies gewünscht sei. Allerdings seien die Zahlen immer nur eine Momentaufnahme, da auch unterjährig Wechsel zwischen den einzelnen Schulformen stattfinden könnten. Zudem betont er, dass sich alle Schulen sehr engagieren und am Bildungsprozess der Kinder beteiligen würden. Die Handhabung in Aachen finde auch bei der Be-

zirksregierung eine hohe Anerkennung und daher bedanke er sich bei allen Schulen und bei den Mitarbeitenden des Kommunalen Integrationszentrums für die hervorragende Arbeit zum Wohle der Kinder in Aachen.

Herr Schneider erkundigt sich, ob es auch Kooperationen mit den Berufskollegs der StädteRegion gebe.

Herr Sistermann bestätigt dies. Gerade für die älteren Kinder seien die Berufskollegs eine wichtige Alternative und es finde ein regelmäßiger Austausch statt.

Herr Auler schließt sich dem Dank an alle Beteiligten an. Es sei bemerkenswert, wie gut die verschiedenen Stellen hier in Aachen zusammenarbeiten würden um den neuzugewanderten Kindern die bestmöglichen Bildungschancen zu bieten. Die Zahlen in der Vorlage würden bestätigen, dass sich alle Schulformen an der Beschulung beteiligen.

Zu 4 Ratsantrag der Fraktion „Die Zukunft“ (RA 038/18): Modellprojekt Kostenfreie Menstruationsprodukte - Ergebnisse

FB 56/0566/WP18

Herr Wagner hebt die Wichtigkeit dieses Themas nochmals hervor und empfindet das Pilotprojekt größtenteils als erfolgreich. Zwar habe es vereinzelt Vandalismus gegeben, hier müsse gegebenenfalls noch nachgesteuert werden. Aus seiner Sicht sei die Preisbarriere oft für junge Leute ein Problem für die Inanspruchnahme von Menstruationsprodukten und daher sei das Projekt ein wichtiges Anliegen.

Frau Braun schließt sich dem an und empfindet das Angebot als sehr niederschwellig, gerade für junge Menschen, die sich erstmalig mit dieser Thematik befassen würden. Im Sozialausschuss sei ebenfalls darüber beraten worden und in den Verwaltungsgebäuden funktioniere das Angebot auch schon sehr gut. In Bezug auf die Vandalismusschäden schlägt sie vor, dass jede Schule individuell entscheiden solle, ob sie das Projekt weiterführen möchte oder nicht.

Auf Nachfrage von Herrn Schneider bestätigt Frau Griepentrog, dass die Finanzierung über den städtischen Haushalt abgedeckt werden müsse.

Zu 5 Sachstand Schulstraßen und Rückschau, hier: Veranstaltung „Schulstraße erleben“

FB 68/0140/WP18

Herr Larscheid zeigt einen eigens für das Projekt produzierten Film.

Frau Wenzel dankt der Verwaltung für die schnelle Umsetzung des Pilotprojektes. Der Erlass zu den Schulstraßen sei erst im Jahr 2023 veröffentlicht worden und es habe umgehend viele Anträge aus den Bezirken zu dieser Thematik gegeben. Um so erfreulicher sei es, dass die Verwaltung das Thema direkt in der europäischen Mobilitätswoche mit aufgenommen habe. Die Testphase sei vorab sehr gut vorbereitet gewesen und auch die Tage der Durchführung seien durch die Verwaltung gut begleitet worden. Die Schüler*innen, Eltern und Anwohnenden seien dem Pilot sehr offen begegnet und auch die Ergebnisse würden ein durchweg positives Bild zeigen. Rund

80 % der Befragten würden sich eine dauerhafte Einrichtung der Schulstraßen wünschen. Im Mobilitätsausschuss sei der Bericht nicht nur zur Kenntnis genommen worden, sondern es sei ein Beschluss mit einer Beauftragung zur weiteren Prüfung an die Verwaltung gefasst worden. Die Umsetzung sei sehr entscheidend, damit eine langfristige Akzeptanz der Schulstraßen erreicht werden könne.

Herr Auler stimmt dem zu. Die Schulstraßen seien eine gute Perspektive, aber auch die genannten Kritikpunkte müssten ernsthaft in den Blick genommen werden. Ein kleiner weiterer Kritikpunkt sei gewesen, dass die Schulen, welche ebenfalls an der Pilotphase hätten teilnehmen wollten, dann jedoch nicht für die Durchführung ausgewählt worden seien, keine rasche Absage erhalten hätten. Die Kommunikation sei hier nicht gut verlaufen. Dies sollte in Zukunft besser funktionieren. Er schlägt zudem vor, dass sich der ASW dem Beschluss aus dem MobA anschließen sollte.

Herr Fischer schließt sich dem an. Es habe Rückmeldungen von Grundschulen gegeben, dass der Eindruck entstanden sei, dass die Chancen zur Durchführung eines solchen Projektes eher gering seien, da pro Jahr nur an zwei Schulen eine solche Schulstraße eingerichtet werden könne. Sein Anliegen sei jedoch, dass dies für alle Schulen umgesetzt werde. Dies sollte seiner Meinung nach noch im MobA beschlossen werden.

Frau Griepentrog betont, dass die Verwaltung sehr schnell gehandelt habe und die Testphase an den vier Pilot-schulen sehr schnell habe umgesetzt werden können. Auch der ASW habe dem zugestimmt, dass zunächst an vier Schulen dieser Pilot durchgeführt werde. Hier hätte die Kommunikation zu den übrigen Schulen klarer sein müssen, denn es wurde keine Schule bewusst ausgeschlossen.

Herr Becker zeigt sich ebenfalls sehr zufrieden mit den Ergebnissen des Projektes. Auch er schlägt vor, sich dem Beschluss aus dem MobA anzuschließen, denn es müssten noch weitere Prüfungen und Evaluationen stattfinden, um auch den kritischen Stimmen entsprechend begegnen zu können. Die Schulwege müssten sicherer gestaltet werden, aber ohne, dass dabei ein neues Reizthema hergestellt würde.

Herr Schneider weist darauf hin, dass im Jahr 2019 bereits ein umfangreiches Projekt zu Elternhaltestellen stattgefunden habe und diese auch an vielen Schulen eingerichtet worden seien. Er erkundigt sich, ob die Schulstraßen diese Elternhaltestellen ersetzen oder ergänzen würden.

Herr Larscheid betont, dass beide Projekte zusammenbetrachtet werden müssten und als Ergänzung zu verstehen seien. Durch die Schulstraßen würden die KfZ-Bewegungen verlagert aber nicht vollständig aufgelöst. So würde unmittelbar vor der Schule ein sicherer Weg für Fußgänger und Radfahrende geschaffen. Zudem habe nicht der Eindruck erweckt werden sollen, dass nur zwei Schulstraßen pro Jahr eingerichtet werden können. Es sei von sogenannten Schulprojekten im Bereich der Mobilität die Rede gewesen und diese würden die Voraussetzungen für die Einrichtung einer Schulstraße begünstigen. Mehr als 20 Schulen hätten ein solches Projekt bereits durchgeführt. Durch die Beauftragung aus dem MobA könne die Verwaltung nun genauer hinschauen, an welchen Schulstandorten schon Voraussetzungen für Schulstraßen geschaffen worden seien und an welchen Schulstandorten noch eine umfassende Prüfung stattfinden müsse.

Es herrscht Einvernehmen, dass sich der ASW empfehlend dem Beschluss des MobA anschließt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt den Sachverhalt zur Kenntnis.

Er unterstützt den Beschluss des Mobilitätsausschusses, die Verwaltung zu beauftragen, unter Einbeziehung der entsprechenden Bezirksvertretungen, die Einrichtung von Schulstraßen zu prüfen und -überall wo es verkehrlich, technisch und rechtlich möglich ist- in dieser Reihenfolge zu errichten:

1. An den vier Grundschulen, die an der Veranstaltung der Mobilitätswoche teilgenommen haben
2. An allen Schulen, die bereits Bedarf angemeldet haben
3. An allen weiteren Grundschulen
4. Flächendeckend an allen Aachener Schulen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 6 Verbesserung der energetischen Bilanz der Grundschule Horbach – Ratsantrag der Grüne-Fraktion vom 15.03.2022

FB 45/0645/WP18

Es gibt keine Wortmeldung.

**Zu 7 Haushaltsplanentwurf 2025 einschließlich Finanzplan bis 2028, hier: Ausschuss für Schule und Weiterbildung
ungeändert beschlossen
FB 45/0653/WP18**

Es liegen zwei Anträge der Fraktionen SPD und Grüne vor (siehe Anlage zur Sitzung).

Frau Heider betont, dass die Haushaltsberatungen unter einem großen Spardruck gestanden haben. Umso erfreulicher sei es, dass im schulischen Bereich schon sehr viele Maßnahmen und Projekte unterjährig in den Haushalt hätten eingespielt werden können, sodass es zum jetzigen Zeitpunkt wenige offene Punkte gebe. Als Beispiel nennt sie die vielen Umbaumaßnahmen im Bereich der Rückkehr zu G9 an den Gymnasien, die laufenden OGS-Ausbaumaßnahmen und die vielen Projekte im Bereich der Digitalisierung. Daher danke sie an dieser Stelle der Verwaltung für die sehr gute Arbeit im vergangenen Jahr an den unterschiedlichsten Themen im Bereich der Schulen. Zwei Anträge lägen dennoch vor. Der Antrag aus dem Bereich des Hitzeschutzes sei sehr sinnvoll, da die Schulgelände immer öfter versiegelt seien und die Beschattungsmöglichkeiten rar wären. Die Schüler*innen seien angehalten, in den Pausen das Schulgebäude zu verlassen und dies sei auch wichtig für den Schulalltag. Die beantragten Mittel sollten für kleine unterjährige Maßnahmen genutzt werden, um den Hitzeschutz an Schulen zu verbessern.

Herr Becker erläutert bezüglich des zweiten Antrages zum Musikschulfonds, dass dies das Resultat der mehrfach stattgefundenen Beratungen zu diesem Thema im Ausschuss sei. Die durch die Musikschule berechnete Tarifierhöhung müsse für die Schulen aufgefangen werden. Für die Kitas sei ein analoger Antrag in KJA bereits bewilligt worden. Die frühe musikalische Bildung sei immens wichtig nicht nur im musischen, sondern insbesondere auch im sozialen Bereich. Durch die Teilhabe an den Musikangeboten würde die Integration und das Gemeinschaftsgefühl gesteigert und daher seien die Gelder an dieser Stelle sehr wichtig. Er pflichtet Frau Heider dahingehend bei, dass im vergangenen Jahr schon viele tolle Projekte von den Fraktionen finanziell unterstützt worden seien, und dies wünsche er sich auch für die kommenden Jahre. Sein Dank gilt daher der Verwaltung und allen Fraktionen im ASW.

Herr Auler schließt sich dem an und unterstützt die Anträge. Als sich die Musikschule mit den Tarifierhöhungen im Ausschuss vorgestellt habe, habe der Ausschuss dafür gestimmt, die Mehrbedarfe finanziell zu decken und dies würde nun geschehen.

Herr Fischer erinnert, dass seine Fraktion schon vor langer Zeit die Einrichtung eines Musikfonds gefordert habe und daher sei er erfreut, dass es nun gelinge, diesen aufzustocken.

Herr Schneider empfand die Diskussionen rund um die Tarifierhöhungen der Musikschule nicht transparent und daher könne er die nun beantragten 30.000 Euro nicht nachvollziehen. Seiner Auffassung nach habe der Ausschuss einer Erhöhung der Mittel bereits im vergangenen Jahr zugestimmt. Er bittet daher an dieser Stelle um weitere Erläuterungen.

Herr Brötz erklärt, dass die Erhöhung der Zuschüsse auf drei Ausschüsse verteilt worden sei. Es seien der ASW, der KJA und der BA Kultur beteiligt gewesen. Bei den Bildungsk Kooperationen der Musikschule sei beispielsweise

aufgrund der Anpassung der Regiezeiten seinerzeit eine Deckungslücke festgestellt worden, ohne dass dafür unterjährig Mittel bereitgestellt worden seien. Die zusätzlichen finanziellen Aufwände würden nun mit dem kommenden Haushalt gedeckt. In diesem Zusammenhang bedankt er sich nochmals bei allen drei Ausschüssen für die großartige Zusammenarbeit bei dieser Thematik und er sei froh, dass nun eine finanzielle Lösung umgesetzt werden könne. Den Dank möchte er zudem auch auf die übrigen Themen des Ausschusses ausdehnen und an die Politik zurückgeben, da diese die vielen Projekte und Maßnahmen, welche durch die Verwaltung im Bereich der Schulen bearbeitet worden seien, stets mitgetragen und auch zukunftsweisende Anträge gestellt habe. Es seien viele schöne Entwicklungen für die Kinder und Jugendlichen in der Stadt Aachen vorangetrieben worden.

Herr Kaldenbach weist auf eine formale Korrektur des Antrages der Fraktionen SPD und Grüne im Bereich des Hitzeschutzes hin, denn der ASW könne diese Gelder nicht für den Bereich der Kitas beantragen, da er hier nicht zuständig sei. Der KJA würde sich jedoch wohl nicht gegen diesen Antrag stellen. Es würde jedoch eine entsprechende Anpassung im Haushalt stattfinden.

→ Den Anträgen der Fraktionen SPD und Grüne wird einstimmig zugestimmt.

Es liegt zudem ein geänderter Beschluss aus der BV Eilendorf aus dem Bereich der Busbegleitung für das Montessori-Zentrum in Eilendorf vor. Herr Kaldenbach erläutert, dass für das Montessori-Zentrum alle anfallenden Mehrkosten im Zuge der Bauverzögerung in den Haushalt aufgenommen würden und dies auch mit FB 20 entsprechend kommuniziert sei. Die Mehrkosten für die Busbegleitung seien nicht explizit in der VN aufgeführt. Diese Mehrkosten würden über bestehende Ansätze im Haushalt abgedeckt. Ein Beschluss des Ausschusses sei jedoch nicht nötig.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, ausschließlich der Personalaufwendungen, die Teilergebnis- und Teilfinanzpläne des Produktbereiches 03 entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2025 und der mittelfristigen Finanzplanung bis 2028, inklusive der Veränderungsnachweisung, sowie den in der Sitzung beschlossenen Einzelveränderungen und beauftragt die Verwaltung, die Beratungsergebnisse in die Teilfinanzplanung zu übertragen.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt darüber hinaus die Produktblätter.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt abschließend die im Teilfinanzplan 2025 veranschlagten Investitionen, inklusive der Verpflichtungsermächtigungen, sowie die mittelfristige investive Finanzplanung bis 2028, inklusive der Veränderungsnachweisung und den beschlossenen Einzelveränderungen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Fagot berichtet von einem zweiten Elternabend mit dem Fokus auf das Gesundheitsgutachten der Städte-Region Aachen. Es habe zu keinem Zeitpunkt eine akute gesundheitliche Gefährdung in der Containeranlage bestanden. Diese seien zwischenzeitlich auch vollständig saniert, sodass am 17.02. voraussichtlich der Umzug zurück in die Containeranlage stattfinden könne. Die zwischenzeitlich aufgestellten Überseecontainer zur Zwischenlagerung von Materialien seien bereits wieder ausgeräumt und abtransportiert worden.

Herr Brötz berichtet, dass sich die RWTH bezüglich des Grundschullehramtes nun endgültig positioniert habe. Dies werde bereits beworben und dies sei als großer Erfolg zu werten. Die Einführung habe zuletzt auch durch die großzügige Mietförderung durch den Rat der Stadt Aachen und den StädteRegionsrat realisiert werden können. Es wird zukünftig eine Kooperation mit der Universität Wuppertal geben, die Studiereden seien dann dort eingeschrieben und würden das Studium hier in Aachen absolvieren. Angestrebt seien insgesamt 80 Studienplätze.

Ulla Griepentrog
Ausschussvorsitzende

Sarah Kuchenbecker
Schriftführerin

Sibylle Keupen
Oberbürgermeisterin